Pressemitteilung Linke Potsdam
Jugendgewalt in Potsdam: Nicht die Herkunft, sondern Männlichkeitsbilder und soziale Lage sind das Problem

26. Oktober 2026

Die Stadtfraktion Die Linke beobachtet mit Sorge, dass die Debatte über Jugendgewalt in Potsdam und im Umland in rassistische Stereotype und populistische Forderungen abzugleiten droht. Zunächst war in der Berichterstattung nur von “Jugendgewalt” die Rede. In den sozialen Medien machten rechtspopulistische Akteure daraus schnell “migrantische Jugendbanden”. Dieses Framing übernahmen später auch Leitmedien und Politiker:innen anderer Parteien, teils mit der Forderung nach Abschiebungen. Dabei ist über Hintergründe und Hergang der Taten, die Strukturen der Gruppen und die Motive der Täter bisher kaum etwas bekannt.

Auffällig ist dagegen ein Merkmal, das in der öffentlichen Debatte bislang kaum eine Rolle spielt: Nach bisherigem Kenntnisstand sind die Tatverdächtigen ausnahmslos männlich. Die Zusammensetzung solcher Gruppen ist hinsichtlich Herkunft und Aufenthaltsstatus oft sehr divers, wie Fälle in Frankfurt (Oder) zeigen. Zahlreiche Studien belegen, dass es keinen Zusammenhang zwischen ethnischer Zugehörigkeit und Kriminalität gibt. Das gemeinsame Muster liegt woanders: Gewalt unter Jugendlichen geht überwiegend von Jungen und jungen Männern aus.

Das verweist auf ein strukturelles Problem. Patriarchale Rollenbilder, die Männlichkeit mit Dominanz, Härte und der Bereitschaft zur Gewalt gleichsetzen, werden in sozialen Medien inszeniert und massenhaft verbreitet. Besonders wirkmächtig sind sie dort, wo Jugendlichen andere Wege zu Anerkennung und Zugehörigkeit fehlen. Armut, soziale Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit verschärfen den Druck, sich in der Gruppe beweisen zu müssen. Hinzu kommen die Wechselwirkung von Cybermobbing und Cyberkriminalität mit dem realen Umfeld sowie innerfamiliäre Überforderung und häusliche Gewalt, die ihrerseits oft mit prekären Lebenslagen zusammenhängen. Wer Kriminalität an ethnischer Zugehörigkeit festmacht, löst kein Problem, sondern übernimmt das Vokabular rechtspopulistischer Akteure und bereitet den Boden für weitere Marginalisierung und Entrechtung migrantisch gelesener Menschen.

„Wenn alle Tatverdächtigen männlich sind, dann ist das keine Randnotiz, sondern der Kern der Sache. Gewalt wird von Jungen und jungen Männern als Mittel erlernt, um Anerkennung, Stärke und Zugehörigkeit zu beweisen. Wer in Armut aufwächst und wenig Perspektiven sieht, für den wiegt dieser Druck noch schwerer. Solange wir über Pässe statt über Rollenbilder und soziale Lagen reden, werden wir dieses Problem nicht lösen. Schulen müssen Orte sein, an denen Jungen andere Wege lernen, mit Konflikten und Druck umzugehen. Dafür braucht es Schulsozialarbeit, die fester Bestandteil unserer kommunalen Struktur ist, mit ausreichend Personal, flächendeckend und besonders an den sogenannten Brennpunktschulen“, erklärt Tina Lange, Co-Vorsitzende der Fraktion Die Linke und stellvertretende Ausschussvorsitzende im Ausschuss für Bildung und Sport.

Dass Jugendgewalt in Potsdam ein Problem ist, ist seit Langem bekannt. Sozialarbeiter:innen, Mitarbeiter:innen des Jugendamts und weitere Akteure der Stadtgesellschaft fordern seit über einem Jahr eine bessere Abstimmung zwischen den Trägern der Sozialarbeit und dem Jugendamt sowie mehr Mittel für Jugendprojekte und Gewaltprävention. Stattdessen wurde die Förderung mit Verweis auf die Haushaltssperre weiter zusammengestrichen. Auch Maßnahmen, die Armut bekämpfen und jungen Menschen Teilhabe ermöglichen, stehen unter Spardruck.

„Gewaltprävention muss dort ansetzen, wo Gewalt entsteht, nämlich bei Männlichkeitsbildern, die Jungen von klein auf vermittelt werden, und bei den Lebensumständen, in denen sie aufwachsen.

Geschlechterreflektierte Jungenarbeit, Medienpädagogik und die Bekämpfung von Armut sind keine Kür, sondern Kernbestandteile wirksamer Prävention. Die Fachleute warnen seit über einem Jahr, und statt ihnen zuzuhören, wurden Projekte gekürzt. Das muss sich ändern, und zwar jetzt“, so Dr. Sigrid Müller, Mitglied im Jugendhilfeausschuss für Die Linke.
Die Stadtfraktion Die Linke fordert deshalb:
eine langfristig gesicherte Finanzierung für Präventionsprojekte, insbesondere für geschlechterreflektierte Jungen- und Männerarbeit, ein klares Bekenntnis zu flächendeckender Schulsozialarbeit im gesamten Stadtgebiet, besonders an Brennpunktschulen, Angebote der Medienpädagogik, die problematische Männlichkeitsbilder in sozialen Medien kritisch einordnen, verlässlich finanzierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und zur Teilhabe junger Menschen, die nicht der Haushaltssperre zum Opfer fallen dürfen.

Die Linke ruft dringend dazu auf, die Debatte zu versachlichen und sich nicht von rassistischen und populistischen Kräften vereinnahmen zu lassen. Diese wollen vor allem Angst schüren und haben kein Interesse an echten Lösungen.